

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government
	Ressort / Stadtbetrieb	Geschäftsbereich 3 Bürgerbeteiligung, Recht, Beteiligungsmanagement, E-Government
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jochen Siegfried 563 4500 563 8065 jochen.siegfried@stadt.wuppertal.de
	Datum:	09.09.2016
	Drucks.-Nr.:	VO/0710/16/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
14.09.2016	Hauptausschuss	Entgegennahme o. B.
19.09.2016	Rat der Stadt Wuppertal	Entgegennahme o. B.
Bürgerbüros - Antwort Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2016		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.09.2016

Beschlussvorschlag

Die Antwort wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Einverständnisse

Entfällt

Unterschrift

Paschalis

Begründung

1. *Der Beigeordnete Paschalis berichtete in der Sitzung der BV über Gespräche mit dem Oberbürgermeister und ausgewählten Bezirksbürgermeister*innen, in denen u. a. über eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Bürgerbüros diskutiert wurde. Wann wurden diese Gespräche geführt und wer nahm an diesen Gesprächen teil?*

Antwort:

Der Titel der Anfrage „Geheimgespräche zum Thema Bürgerbüros?“ erweckt den Eindruck, dass im Verborgenen Gespräche über Bürgerbüros geführt worden seien. Dieser Eindruck entspricht nicht den Tatsachen; das Gegenteil ist der Fall. In diesem Zusammenhang wird auf die Antwort der Verwaltung vom 03.02.2016 auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2016 verwiesen (VO/0039/16/1-A – siehe Anlage 1). Darin heißt es u. a. „Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den Bezirksvertretungen und der Verwaltung ist eingerichtet und wird im März ihre Arbeit aufnehmen. Mit einem Ergebnis der Arbeitsgruppe wird Ende des Jahres gerechnet“.

Dem vorausgegangen war das jährliche Treffen der Bezirksbürgermeister beim Oberbürgermeister am 15.01.2016. Bei diesen Treffen wurde Kritik an der immer häufiger auftretenden Arbeitsüberlastung in den Bürgerbüros geäußert, die auf zu geringe personelle Ausstattung und reduzierte Öffnungszeiten zurückzuführen sei. Der Oberbürgermeister schlug daraufhin vor, eine Arbeitsgruppe mit Bezirksbürgermeistern und Vertretern der Verwaltung einzuberufen, um die anstehenden Fragen und die Kritik aus den Bezirken einer Klärung zuzuführen. Die erste Sitzung des sogenannten „Arbeitskreises bezirkliche Belange“ fand mit externer Moderation am 16.03.16 statt. Teilnehmer waren Bezirksbürgermeister und Mitglieder der Verwaltung.

In der Sitzung wurden die Fragestellungen der Bezirksbürgermeister erarbeitet und dokumentiert. Am Ende der Sitzung verständigten sich die Beteiligten darüber, dass eine Unterarbeitsgruppe aus fünf Bezirksbürgermeistern und Geschäftsführern der Bezirksvertretungen unter Beteiligung der Ressortleitung des Bürgeramtes gegründet wird.

Hier fand das erste Treffen am 31.03.16 statt. Die beiden anwesenden Bezirksbürgermeister beschlossen, künftig auf die externe Moderation zu verzichten und die weiteren Forderungen und Lösungsvorschläge nach Vorabstimmung in einer Bezirksbürgermeisterkonferenz der Geschäftsbereiche – bzw. Verwaltungsleitung direkt vorzulegen.

Die Gespräche mit den beiden in der Folge von der Bezirksbürgermeisterkonferenz beauftragten Bezirksbürgermeistern fanden am 03.05.16 und 23.05.16 bei Herrn Beigeordneten Paschalis statt. Den Vorstellungen der Bezirksbürgermeister wurden die möglichen Lösungen der Verwaltung in einer Synopse gegenübergestellt (Anlage 2). Ein weiteres erläuterndes Gespräch mit den beiden Bezirksbürgermeistern wurde am Tisch des Ressortleiters des Bürgeramtes geführt, in dem Vorteile des Angebotes zu den Bürgerbüros ausführlich dargelegt wurden.

2. *Welche Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerdienste wurden im Rahmen dieser Gespräche konkret erörtert?*

Antwort:

Siehe o. a. Synopse (Anlage 2).

3. *Der Beigeordnete Paschalis wird in o. g. Artikel dahingehend zitiert, dass er seit Februar dieses Jahres auf eine Rückmeldung der Bezirksbürgermeister warte. Gab es in der Zwischenzeit, möglicherweise vor dem Hintergrund des vor den Sommerferien entstandenen Wartechaos am Steinweg, einen erneuten Versuch, eine Antwort der Bezirksbürgermeister zu erhalten?*

Antwort:

Nach den Gesprächen am 03.05.16 und 23.05.2016 stand aus Sicht der Verwaltung die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Angebotes (Anlage 2) an, die aber bisher nicht erfolgte. Der in der Frage angegebene Zeitpunkt (seit Februar dieses Jahres) bezieht sich auf den Beginn der Initiative für die Gespräche über die bezirklichen Belange. Mit einer Rückmeldung der Bezirksbürgermeister zum Angebot konnte erst ab Ende Mai 2016 gerechnet werden.

Herr Beigeordneter Paschalis hat einzelne Bezirksbürgermeister zu verschiedenen Anlässen an das ausstehende Angebot erinnert, zuletzt wiederholt im Vorfeld der Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg am 31.08.2016.

4. *Ist die Darstellung der Cronenberger Bezirksbürgermeisterin zutreffend, dass von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Stillschweigen über die Gespräche verlangt wurde („Es ist einem ja der Mund verboten worden“)? Wenn ja, aus welchem Grund?*

Antwort:

Es wurden zu den Bürgerbüros verwaltungsinterne Vorschläge erarbeitet und den beauftragten Verhandlungsführern unterbreitet. Inwieweit die verwaltungsinternen Vorschläge innerhalb des Kreises der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und auch darüber hinaus kommuniziert worden sind, entzieht sich der Kenntnis der Verwaltung. Es bestand Einigkeit darüber, dass im Arbeitskreis bezirkliche Belange unter externer Moderation sämtliche Anliegen und Vorstellungen vorgetragen werden können und diese erst auch in diesem Kreis bleiben, um eine Diskussion ohne Einfluss von außen führen zu können. Die Vorschläge sollten erst intern beraten werden bis eine konsensuale Lösung vorliegt.

5. *Der Beigeordnete Paschalis sprach in der Sitzung von bis zu einem Drittel höheren Kosten für den Fall, dass es zu einer vollständigen Dezentralisierung der Bürgerservice komme. Wir bitten in diesem Zusammenhang um eine genaue Darstellung dieser Kostenkalkulation. Bezieht sich diese Zustand auf den heutigen IST-Stand oder sind hierbei bereits die von der Verwaltung geplanten Renovierungsmaßnahmen am Standort Steinweg bzw. die Kosten des ebenfalls in der Diskussion befindlichen Umzugs des Einwohnermeldeamtes als Vergleichsmaßstab mit einbezogen?*

Antwort:

Der Beigeordnete Paschalis sprach nicht von 1/3 höheren Kosten, sondern von einem erhöhten Personalaufwand bei dauerhafter Besetzung der Bürgerbüros bei einer möglichen Rückabwicklung der Maßnahme nach dem Haushaltssicherungskonzept zur Zentralisierung des Einwohnermeldeamtes. Der GB 3 bereitet derzeit nach dem Ratsauftrag vom 04.07.2016 eine Vorlage für die Dezember-Sitzung des Rates vor, die auf die aufgeworfenen Fragen eingehen wird.

Anlagen

1. Antwort der Verwaltung vom 03.02.2016 auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.01.2016 (VO/0039/16/1-A)
2. Synopse Angebot zu Bürgerbüros